über geklagt, daß die süddeutsche Industrie nicht genügend bei den Lieferungen berücksichtigt werde.

Staatssekretär **von Tirpitz** betont, daß es keine preußische oder norddeutsche Marine gebe, sondern nur eine deutsche. Daraus folge ihr Verhalten gegenüber der Industrie. Es seien übrigens besondere Werftsachverständige nach Süddeutschland gesandt worden, um direkte Verbindungen anzuknüpfen.

Ein Zentrumsabgeordneter klagt über den Einfluß der Stummschen Werke, der in politischer und sozialer Hinsicht ausgeübt werde, sogar bei den Wahlen. Solche Firmen, die ihre Arbeiter in den Staatsbürgerrechten beschränken, sollten mit Lieferungen nicht bedacht werden.

Die weitere Erörterung wird noch hinausgeschoben.

Ein Sozialdemokrat weist auf Aeußerungen im Krupp-Prozesse hin, die auf „unterirdische Beziehungen zwischen Industrie und Marine schließen ließen". Auch der kommende Magdeburger Schmiergelderprozeß dürfte dafür Belege bieten.

Der Staatssekretär betont, daß jede Säuberung nur im Interesse der Marine selbst liegt. Wenn irgendein konkreter Fall vorliege, würde er mit aller Schärfe verfolgt werden. Der Magdeburger Fall sei dem Staatssekretär erst kürzlich bekannt geworden. Von den rund 500 Firmen, mit denen die Marineverwaltung in Beziehungen stehe, sandten nur fünfzehn ehemalige Marineangehörige als Vertreter. Diese wurden aber in keiner Weise bevorzugt. Durch den Kruppschen Prozeß sei nur festgestellt, daß einige Kanzleidiener Trinkgelder empfangen haben, aber nicht über 3 ℳ. Alle anderen Beamten der Marineverwaltung schieden vollständig aus. Gegen zwei mittlere Beamte sei auf dem Disziplinarwege ein Ermittelungsverfahren eingeleitet, aber es stehe unter Diskretion.

Ein Zentrumsmitglied bittet um die öffentliche Erklärung des Staatssekretärs, daß Firmen, die frühere Offiziere als Vertreter haben, keine Aussicht auf stärkere Berücksichtigung hätten.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt: Die Organisation schließt in dieser Hinsicht jede Unregelmäßigkeit aus. Die Marineverwaltung habe es niemals einer Firma nahegelegt, einen verabschiedeten Marineoffizier als Vertreter anzustellen. Im Gegenteil, es wird nicht angenehm empfunden, wenn die Beziehungen zu den Firmen durch frühere Marineoffiziere vermittelt werden. Keinesfalls würden solche Firmen bevorzugt.

Damit schließt die allgemeine Erörterung.

In der Einzelberatung bemerkt der Staatssekretär, daß man in der Oelfeuerung vorsichtig vorgehe. Die Vorteile der Oelmotoren seien noch nicht klargestellt.

Ein Nationalliberaler bittet um Auskunft über Petroleumkonzessionen fremder Staaten in bisherigen oder zukünftigen Produktionsgebieten.

Der Staatssekretär betont, daß die Oellieferung für den Frieden gesichert sei. Ein sprungweiser Uebergang zum Oel werde kaum eintreten. Am Sonnabend wird der Staatssekretär des Auswärtigen Auskunft über die Petroleumproduktion geben.

Sonnabend 10 Uhr Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes.

Die Gedenkfeier in Schleswig

aus Anlaß der 50. Wiederkehr des Tages der Befreiung der Stadt von der dänischen Herrschaft — wir berichteten darüber bereits in der gestrigen Abendnummer — fand unter allgemeiner Beteiligung der Bevölkerung statt. Nach dem Festgottesdienst ordnete sich am Dom der Festzug. Das Musikkorps des Infanterieregiments Nr. 84 eröffnete den Zug, dann folgten die Gesangvereine und Wagen mit den Ehrengästen und Veteranen, Vertreter der Behörden und zahlreicher schleswig-holsteinischer Städte, Offiziere, sowie Vereine, Innungen, Abordnungen der Kieler Studentenschaft sowie Kieler und Schleswiger Turner usw. Insgesamt wies der Zug über hundert Fahnen auf.

Als man auf dem Platze angelangt war, wo sich das Befreiungsdenkmal erhebt, leitete ein Gesang der vereinigten Schleswiger Gesangvereine die Enthüllungsfeier ein. Pastor Lorenzen hielt darauf die Weiherede; dann wurde das Denkmal enthüllt. Der Gesang „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre" schloß die eindrucksvolle Feier. Das Denkmal besteht aus einem etwa 3,50 Meter hohen Findling, der sich auf einer Terrasse aus schwedischem Granit erhebt. Der Stein trägt in Runenschrift die Inschrift: „Diesen Stein setzten die Schleswiger Bürger in dankbarer Erinnerung an den 6. Februar 1864 am 50. Jahrestage der Befreiung ihrer Stadt." Der Gedenkstein wird von vier Löwen flankiert.

Nach der Feier begaben sich die Festteilnehmer nach der österreichischen Kapelle auf dem alten Militärfriedhofe, wo unter Mitwirkung des Militärkirchenchors eine Gedenkfeier stattfand. Bei der Gedenkfeier hielten Geistliche beider Konfessionen tief ergreifende Gedächtnisreden. Dann legten die Führer der österreichischen Militärdeputation prächtige Kranzspenden in der Kapelle nieder und verweilten noch längere Zeit bei den auf dem Kirchhofe befindlichen Gräbern der im Jahre 1864 gefallenen Kameraden. Inzwischen hatte sich der Festzug nach dem Chemnitz-Bellmann-Denkmal begeben, um hier dem Dichter des Schleswig-Holstein-Liedes eine Huldigung darzubringen, die mit dem Vortrage des Liedes durch die vereinigten Gesangvereine ihren Abschluß fand.

Um 3 Uhr fand das offizielle Festmahl im Hotel „Stadt Hamburg" statt.

„Aufs Ganze"!

Kardinal Kopp hat in seiner „Erklärung" vom 2. Februar anerkannt, daß es einer Zurücknahme seiner Zustimmung zur Interpretation der Gewerkschafts-Enzyklika vor dem Episkopat als solchem bedurft hätte. Mithin mißt der Kardinal seinem in einem Privatbrief erwähnten Rücktritt von jener Interpretation keine offizielle Wirksamkeit bei. Da aber Kardinal Kopp seinen — sozusagen — offiziösen Rücktritt von der Interpretation jetzt unberührt läßt, schillert seine Haltung zur Gewerkschaftsfrage in einem Zwielicht, das die „Integralen" Katholiken leicht zu ihrem Gunsten ausnützen können.

Damit rechnet anscheinend auch die „Köln. Volksztg.". Wenn sie trotzdem schreibt, daß die Gewerkschaftsfrage sich wieder auf dem früheren Stand befinde, so ist dies insofern nicht ganz zutreffend, als früher der offiziöse Rücktritt des Kardinals Kopp von der Interpretation der Gewerkschafts-Enzyklika nicht bekannt gewesen ist. Vielleicht hat sich die „Köln. Volksztg." zu der sachlich angreifbaren Auffassung durch eine taktische Erwägung bestimmen lassen. Das Kölner Zentrumsblatt zieht nämlich aus jener Auffassung den Schluß, daß die christlichen Gewerkschaften keinerlei Grund haben, von sich aus anläßlich der Oppersdorffischen Veröffentlichung etwas zu tun, ruft aber die Gesamtheit der deutschen Katholiken nebst den Mitgliedern der Zentrumspartei als solcher zur Verteidigung des Volksvereins und des Zentrums selbst gegen die Angriffe der „Integralen" auf. „Was jetzt noch zu geschehen hat", meint das führende Zentrumsblatt, „braucht sich bei Einzelheiten nicht aufzuhalten, sondern kann und muß aufs Ganze gehen". Die „Kölner" wollen also den Kampfplatz gegen die „Integralen" vergrößern, weil sie sich so nachhaltigere Erfolge versprechen als bei der Vertretung von „Einzelheiten". Der Kampf zwischen den „Kölnern" und den „Berlinern" wird demnach im weitesten Umfange, unter Zurückdrängung der Gewerkschaftsfrage, jetzt erst recht entbrennen!

Die „Erklärung" des Kardinals Kopp soll übrigens, wie uns unser römischer Mitarbeiter schreibt, auf nachdrückliche Vorstellungen zurückzuführen sein, die die preußische Regierung bei der Kurie erhoben hat. Daß in der sachlichen Auffassung der Lage durch jenen nur scheinbaren „Rückzug" des Kardinals nichts geändert wird, läßt ja die „Köln. Volksztg." sehr deutlich erkennen.

Für die Stimmung in den Kreisen der katholischen Arbeitervereine ist folgende Mitteilung der ultramontanen „Sächs. Volksztg." aus Kamenz charakteristisch:

> Der katholische Arbeiterverein St. Joseph (Sitz Berlin) hielt am Sonntag, den 1. Februar d. J., seine Generalversammlung, mit welcher das 7. Vereinsjahr beschlossen wurde. . . . Zur äußerst lebhaften Aussprache führten die Artikel in der Zeitschrift „Klarheit und Wahrheit". Große Entrüstung verursachte es, daß das Generalsekretariat des Verbandes (Sitz Berlin) seinen Mitgliedern in der Zeitschrift „Klarheit und Wahrheit" Artikel zu lesen anbietet, die sich gegen die hochw. Bischöfe richten, die von keinerlei Liebe zeugen und also geeignet sind, die Autorität vollständig zu untergraben. Schade um Zeit, Kraft und Geld, und blind müßte man sein, solche Quertreibereien zu unterstützen. Einstimmig wurde beschlossen, an das Generalsekretariat des Verbandes (Sitz Berlin) einen Brief folgenden kurzen Inhaltes zu richten: „Der katholische Arbeiterverein zu Kamenz erlaubt sich die Ansicht zu haben, daß die Belobigung unseres Verbandes durch den H. Vater an erster Stelle der „Arbeiter" jetzt lang genug gestanden hat, und bittet Abstand von dieser auffallenden Verwendung zu nehmen. Auch wird er sich ferneres Zusenden der Zeitschrift „Klarheit und Wahrheit" entschieden verbitten, da unser Verein an Quertreibereien gegen die hochw. Bischöfe sich nicht beteiligen will."

Das auffälligste an diesem Beschluß ist, daß ein dem Berliner Verband angehöriger Arbeiterverein sich gegen die „Quertreibereien" der Berliner wendet. Also auch innerhalb der einen „Richtung" herrscht Mißstimmung.

Links von der Sozialdemokratie.

* Gibt es denn noch etwas links von der Sozialdemokratie? Nur zeitweilig hört man bei uns etwas von den Syndikalisten und „Lokalorganisierten". Aber sie sind da und machen der sozialdemokratischen Partei Schwierigkeiten. Wir könnten sie den alleräußersten linken Flügel der Sozialdemokratie nennen, wenn sie mit ihr auch nur einigermaßen Frieden hielten. Sie leben jedoch mit ihr in bitterer Feindschaft. Wenn sie in Versammlungen aneinandergeraten, so geht es zu wie in jenen Schaubuden, die ihre Besucher darauf ergötzen, daß sie sie in gebogenen Spiegeln ihr verzerrtes Bild schauen lassen. Die Sozialdemokratie erscheint dann nämlich mit antirevolutionärem Antlitz.

So eine Versammlung fand dieser Tage in Leipzig statt, und es ist erheiternd, den Bericht der „Leipz. Volksztg." zu lesen. Als Syndikalist trat Herr Kater aus Berlin auf. Die „Leipz. Volksztg." macht ihn furchtbar herunter. Was habe er denn den zahlreichen Arbeitern, um sie für den Syndikalismus zu gewinnen, zu sagen gewußt? Sie dürften nichts vom Staate und seiner Gesetzgebung erwarten, nichts von der geplanten Arbeitslosenversicherung; sie müßten kämpfen und nur kämpfen, denn das Wesen des Syndikalismus sei: sich mit revolutionärem Geiste erfüllen. Höhnisch stellt die „Leipz. Volksztg." diesen Unsinn fest. Wie dieser Kater es nur wagen könne, so etwas den Arbeitern vorzureden! Mit besonderer Genugtuung berichtet sie dann über eine scherzhafte Probe, die man sofort mit dem revolutionären Syndikalismus anstellte. Lassen wir sie selbst erzählen:

> „Von dem Wesen dieses Geistes wurde auch sofort ein anschauliches Bild gegeben. Einer der Arbeitslosen bestieg die Tribüne und meinte, wir haben bis jetzt nur Worte gehört, aber nicht, was wir tun sollen. Ich schlage Ihnen vor, wenigstens eine Demonstration zu veranstalten. Sofort erhob sich der von revolutionärem syndikalistischen Geist erfüllte Vorsitzende und erklärte, das gehe nicht, Demonstrationen seien polizeilich verboten."

Dieses Beispiel revolutionären Geistes wirkte aufklärender als alle langen Ausführungen. Als Herr Kater zum Schlußwort ausholte und wieder damit begann, seine ersten Ausführungen abzuleugnen, riß den Versammelten der Geduldsfaden. Schluß — Kater — Schluß — Kunter — Mumpitz — ertönte es von allen Seiten."

Herr Kater mußte in der Tat das Feld räumen, und die „Leipz. Volksztg." stellt am Schlusse ihres Berichtes fest — was sie übrigens schon öfter getan hat — die Leipziger Lokalistenorganisation hätte „ausgelitten". Sie wird es uns nicht verübeln, wenn wir ihre Genugtuung über den Mißerfolg des unglücklichen Herrn Kater aus Berlin spaßhaft finden. Oder ist es etwa nicht erbaulich, wenn gerade die „Leipz. Volksztg.", die doch jahraus, jahrein in der revolutionären Phrase schwelgt, das revolutionäre Gebahren der Syndikalisten als unsinnig kennzeichnet und sie wie Schädlinge und Volksverführer abtut!

Deutsches Reich.

* **Nationalliberaler Verein für Leipzig und Umgebung.** Ueber Volk und Volksschule spricht in einer öffentlichen Versammlung am 10. Februar im großen Saale des Etablissements „Sanssouci" Landtagsabgeordneter Seminardirektor Dr. Richard Seyfert aus Zschopau. Nach dem Vortrag findet freie Aussprache statt. — Alle Männer und Frauen sind hiermit bestens eingeladen. In Rücksicht auf das für die Zukunft unseres gesamten Volkes so außerordentlich wichtige Thema wird um recht zahlreichen Besuch gebeten.

* **Der Nationalliberale Verein zu Zwickau** veranstaltete am Donnerstag abend im Gasthaus „Goldner Anker" einen Vortragsabend. Parteisekretär Räther-Flöha sprach über die politische Lage in Sachsen und die künftigen Landtagswahlen. In den Mittelpunkt seiner Betrachtungen rückte er das in der Lausitz angebahnte nationalliberal-fortschrittliche Abkommen. Die von sozialdemokratischer und konservativer Seite an diesem geübte Kritik wurde dabei gebührend beleuchtet und zurückgewiesen. Es sei nicht einzusehen, weshalb der Liberalismus den Konservativen zuliebe nur von ihm als richtig erkannte Forderungen verzichten solle. In der Aussprache über den Vortrag konnte festgestellt werden, daß die von Rechtsanwalt Dr. Heitzig geleitete Versammlung den Standpunkt der nationalliberalen Partei billigt.

*

* **Der Kronprinz** hat sich, wie wir bereits berichteten, als Berater für seine Orientierung in Angelegenheiten der Staatsverwaltung den Landrat des Kreises Rügen, Freiherrn von Maltzahn, ausersehen. Dieser ist ein entfernter Vetter des bekannten früheren Landrats des Kreises Grimmen.

* **Beim österreichisch-ungarischen Botschafter und Frau Gräfin v. Szecsyany-Marich** in Berlin fand am Freitag ein Dejeuner statt, zu dem Einladungen erhalten hatten u. a.: das Prinzenpaar zu Wied, Staatssekretär v. Jagow, Unterstaatssekretär Zimmermann, der italienische Botschafter Bollati und mehrere Herren und Damen der Botschaft.

* **Das Befinden des nationalliberalen preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Friedberg** hat sich so weit gebessert, daß Dr. Friedberg die Klinik in Frankfurt a. M. verlassen und in nächster Zeit in Berlin eintreffen wird. Dr. Friedberg wird dann auf längere Zeit nach dem Süden gehen und voraussichtlich in dieser Session an den Arbeiten des preußischen Landtages nicht mehr teilnehmen.

* **Die Leuchtöl-Kommission des Reichstags** trat am Freitag nach dreivierteljähriger Pause wieder einmal zusammen. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Kühn legte die Stellungnahme der Regierung zu den Kommissionsbeschlüssen dar. Die Regierung sei gegen die Errichtung einer Aktiengesellschaft, in der der Reichskanzler die Mehrheit der Stimmen hätte. Eine solche Gesellschaft würde nicht lebensfähig sein. Eher könne man daran denken, das Statut der Reichsbank nachzubilden mit einem unter Leitung des Reichskanzlers stehenden Direktorium und Kuratorium, das Mitglieder des Bundesrats, des Reichstages sowie Vertreter von Handel und Gewerbe enthalte sowie einen Zentralausschuß als Vertreter der Anteilseigner. Die Regierung halte es für zweckmäßig, daß die Anteilseigner eine feste Vorzugsdividende erhielten; die Vermehrung des Gewinnes müsse dagegen von der Preisherabsetzung des Leuchtöls abhängig gemacht werden. Die Regierung lege großen Wert darauf, den Interessen der deutschen Rohdestillateure gerecht zu werden. Zum Schluß sagte der Staatssekretär zu, der Kommission noch vor der nächsten Sitzung, die voraussichtlich Ende nächster Woche stattfindet, ausführliche Mitteilungen über die Versorgungsfrage und das Interesse der Militärverwaltung an der Benzinversorgung zu machen.

* **Die Folgen des Kölner Polizeiprozesses.** Sämtlichen im Kölner Polizeiprozesse gegen den sozialdemokratischen Redakteur Sollmann vernommenen Kriminalbeamten sind jetzt Vorladungen zur verantwortlichen Vernehmung zugegangen, weil dieser Prozeß bewiesen habe, daß sie sich der passiven Bestechungsschuldig gemacht hätten, indem sie entgegen der Vorschrift ihrer Vorgesetzten, Geldgeschenke angenommen hätten.

Ein beständiger Wechsel
guter Speisen ist mit Leichtigkeit zu erzielen durch die tägliche Verwendung des
Mondamin
Zwischengerichte, wie Blumenkohl au gratin, Maccaroni-Käse oder Käseauflauf sowie Süßspeisen: Eiermilchpudding, Schokoladensoufflé, Aprikosen-Pudding, sind einige Beispiele. Jedes 60- u. 30-Pfg.-Mondamin-Paket enthält einen Zettel für Gratis-Rezeptbuch.
Bitte

Kann der Mensch das Klima beeinflussen?

Von Dr. Wilh. R. Eckardt,
Leiter des Wetterdienstes am Meteorologischen Observatorium in Essen.

Wird es dem Menschen einst gelingen, das Klima seines Planeten nach seinem Willen umzugestalten? Diese Frage ist wohl nur zu berechtigt, wenn man bedenkt, daß der Mensch unter den drei Mächten der Lebewelt die belangreichste ist in bezug auf die geschichtlich verhältnismäßig jungen Wandlungen im Aussehen der Erdgebiete. Unwirtliche Urwälder hat der Mensch gerodet, und an ihre Stelle ist fruchtbares Ackerland getreten, zahlreiche unfruchtbare Steppenländer hat er in blühende Fruchtgärten verwandelt. Aber das ist alles noch verhältnismäßig gering anzusetzen gegenüber dem Vernichtungswerk der Neger, das sich in Afrika seit Jahrtausenden wiederholt in Gestalt von riesigen Bränden, die über die Grasfluren gewaltiger Gebiete dahinfegen.

Schon den frühesten Besucher Westafrikas in historischer Zeit, Hanno, den Karthager, haben diese Brände in Staunen und Schrecken versetzt. Daß ein so brutaler, sich alljährlich wiederholender Eingriff des Menschen nicht ohne tief eingreifende Wirkung auf Existenz und Gedeihen aller davon betroffenen Lebewesen bleiben kann, ist ohne weiteres einleuchtend. Aber dennoch läßt sich eine durch diese Maßnahme etwa verursachte Klimaänderung in keiner Weise nachweisen.

Dasselbe ist der Fall im Gebiete des Altweltmittelmeeres, welches zu Beginn der historischen Zeit, wenigstens in seinem mittleren und nördlichen Teile, ein sehr waldreiches Land gewesen ist. Hätte in der Tat eine Verschlechterung des Klimas dieses Ländergebietes Nattgefunden in Gestalt einer wirklich bedeutenderen Verringerung der jährlichen Niederschlagsmengen, so müßten die dem Atlantischen Ozean am meisten entrückten Teile dieses Gebietes am schlimmsten betroffen worden sein. Dem aber widerspricht folgende in der Geschichte der Meteorologie einzig dastehende Tatsache:

Die Erkenntnis der ungeheuren Bedeutung des Regens für die Landwirtschaft in einem mit einer ausgesprochenen Regen- und Trockenzeit ausgestatteten Klimagebiete hatte bereits zur Zeit der Mischna und Tosefta im zweiten nachchristlichen Jahrhundert zu genauen Beobachtungen und direkten Messungen der Regen geführt. Diese Messungen aber stimmen mit den Resultaten der heute in den betreffenden Gegenden gemachten Beobachtungen sehr gut überein. Hier hätten wir also einen direkten Beweis für die Tatsache, daß Entwaldung eines Gebietes belanglos ist für die Menge des in diesem Gebiete fallenden Niederschlags. Die Niederschläge sind vielmehr einzig und allein abhängig von der allgemeinen Luftzirkulation und von Aenderungen, die sich in den höheren Schichten der Atmosphäre und zum Teil fern im Ursprungsgebiet des Regens überhaupt, vollziehen, dagegen völlig unabhängig von der Pflanzendecke. Die dabei in Betracht kommenden Vorgänge spielen sich in solchen Höhen ab, und es sprechen derartige Feuchtigkeitsmengen dabei mit, daß die Verdampfungsfeuchtigkeit selbst von Vegetationsflächen, wie es die Wälder sind, so gut wie gänzlich verschwindet. Weder die Anwesenheit eines Meeres noch eine intensive Durchfeuchtung des Bodens, etwa unter dem Schutze der Wälder, vermag auf die Häufigkeit der Niederschläge oder deren Intensivität erhöhend einzuwirken, wenn die meteorologischen Bedingungen des Regenfalles von vornherein fehlen. Denn wir verdanken die Niederschläge in den meisten Gebieten der Erde in erster Linie den auf den Ozeanen entstehenden Tiefdruckwirbeln (ausgedehnten, kreisähnlichen Luftdruckgebilden mit niedrigem Barometerstand), die, zumeist in westöstlicher Richtung über die Festländer ziehend, gewaltigen Aspiratoren vergleichbar die feuchten Luftmassen des Ozeans an sich ziehen, mit sich führen und emporwirbeln, so daß es bei der dann stattfindenden Abkühlung in der Höhe zur Ausscheidung der Feuchtigkeit, d. h. zu Regen, kommt.

Zwei andere Wirkungen des Waldes in klimatologischer Hinsicht sind allerdings unbestreitbar: Die Wälder hemmen örtlich die Gewalt der Stürme, und ausgedehnte Vegetationsflächen mildern ein wenig die Temperaturgegensätze, besonders diejenigen im positiven Sinne, also hohe Hitzegrade. Den allgemeinen klimatischen Charakter eines Landes kann aber selbst völlige Entwaldung nicht ändern.

So kann man mit Recht nur das behaupten, daß Vernichtung des Waldes und Baumwuchses nur die Folgen der nach wie vor in gleicher Menge fallenden Niederschläge in einer für den Menschen nachteiligen Weise beeinflußt, insofern, als die Niederschläge zu rasch abfließen und die Wirkungen der Trockenheiten dadurch größer und nachteiliger werden.

Kann aber der Mensch durch Entwaldung das Klima eines Landes direkt in ungünstigem Sinne, soweit der Niederschlagsreichtum in Frage kommt, nicht beeinflussen, so ist es ihm natürlich ebenso unmöglich, den Regenfall eines Gebietes durch Aufforstung zu vermehren, so oft er das auch versucht hat. Gar nicht aber kann von einer Erzeugung künstlichen Regens die Rede sein, da solcher bei Trockenheit als unmöglich bezeichnet werden muß, weil uns die Kräfte nicht zur Verfügung stehen, die zu diesem Behufe aufgewendet werden müßten.

Allein so aussichtslos ein Versuch des Menschen, das Wetter in einer ihm günstigen Richtung zu beeinflussen, gegenüber den gewaltigen Kräften der Atmosphäre erscheint, so groß ist doch andrerseits auch wieder die Versuchung dazu. Denn was kann es Schlimmeres für den Landwirt geben, als untätig zusehen zu müssen, wenn ein einziger Maifrost oder Hagelschlag oder abnorme Trockenheit seine schönsten Hoffnungen vernichtet? Aber gleich wie dem Menschen die Erzeugung künstlichen Regens nicht gelungen ist, so wenig kann man auch von einem Erfolg des früher kurze Zeit weitverbreiteten und „vielgerühmten" Wetterschießens sprechen. Die durch die Tätigkeit von Geschützen angestrebte Mischung warmer, der Erde auflagernder Luftschichten mit kalten oberen Luftschichten, in denen sich der Hagel bildet, war im großen nicht durchführbar. Die Wirkung war zu schwach und das Verfahren zu kostspielig.

Nur ein Vorgehen des Menschen gegen einen meteorologischen Faktor war bis jetzt im kleinen von Erfolg gekrönt:

Es ist die Bekämpfung der Frostgefahr durch Anzünden von zahlreichen kleinen qualmenden Feuern. Durch diese wird die Luft selbst nicht sehr erwärmt, die meiste Wärme wird verbraucht zur Verdampfung des Wassers. In unmittelbarer Nachbarschaft, knapp über dem Boden, verdichtet sich das Wasser sofort wieder in Dampfwolken und schützt nicht bloß als Wolke vor der weiteren Ausstrahlung, sondern es wird auch gerade den bodennahen kälteren Luftschichten ein großer Teil der erzeugten Wärme zugeführt, die bei der Verdichtung des Wasserdampfes wieder frei wird. Schließlich aber wird durch die vielen kleinen Feuer auch eine kräftige Mischung der Luft angeregt. So hat man schon so manchen „guten Jahrgang" auf dem Stock gerettet.

Wenn wir uns darüber klar werden, daß es in erster und letzter Hinsicht überhaupt Temperaturgegensätze sind, die nach menschlichen Begriffen eine Klimagunst und -ungunst schaffen, so müssen wir nach den Ursachen suchen, die Temperaturunterschiede auf der Erde hervorrufen — es sind das in erster Linie die durch eine ungünstige Gestaltung der Festlandmassen herbeigeführten Vereisungen in den Polargegenden. Die daselbst durch Niederschläge ernährten Eismassen fallen ins Meer, es in seiner ganzen Tiefe und auf weite Strecken seiner Oberfläche stark abkühlend. Werfen wir einen Blick rückwärts auf die Entwicklungsgeschichte der Erde, so erkennen wir deutlich, daß diese Zustände nicht immer existiert haben, daß es vielmehr Zeiten gab, in denen ein üppiger und reichhaltiger Pflanzenwuchs bis in die unmittelbare Nähe der Pole hinauf vorkam, die damals nicht vereist waren. Würde es dem Menschen und seiner rastlos fortschreitenden Technik einst gelingen, große polare Meeresteile oder Festlandmassen von ihren Eismassen (durch schnellere Abfuhr) zu befreien, so würden sich auch die Temperaturgegensätze mehr ausgleichen. Hagelwetter und Spätfröste würden dann wohl seltener, die Niederschläge aber ungleichmäßiger und spärlicher auf weiten Erdenräumen, wie es vor Aeonen tatsächlich schon einmal der Fall war. Aber wären solche Zustände in physischer und intellektueller Hinsicht für das Menschengeschlecht ohne weiteres etwa erstrebenswert? Wir möchten es kaum glauben. Unterschätzen wir nicht die ungeheure Kulturmacht eines Winters mit seiner Kälte. Ist doch gerade die winterliche Jahreszeit Mitteleuropas der wirkungsvollste Rest der Eiszeit. „Sie stärkt die Menschen zu neuer Arbeit und läßt sie nicht erschlaffen in der Fortentwicklung aller geistigen Kulturen." Ohne Eiszeit und ihre Folgen gäbe es nicht die menschliche Kultur von heute.